

ANTISEMITISMUS IN DER EU

EU will lieber zugucken

Die Vorsitzenden von zwei jüdischen Verbänden beschuldigten die Europäische Kommission des Antisemitismus. Deren Präsident wollte zur Strafe ein Seminar zur Bekämpfung des Antisemitismus absagen. Nun findet es doch statt.



Außerhalb Israels gibt es die meisten antisemitischen Übergriffe in Westeuropa. (Foto: archiv)

"Antisemitismus kann auf zwei verschiedene Arten Ausdruck finden: durch direkte Aktionen oder durch Untätigkeit. Bemerkenswerterweise hat die europäische Kommission beides zu verantworten." Diesen Vorwurf hatten die beiden Vorsitzenden der größten jüdischen Dachverbände am 7. Januar in einem Kommentar in der Financial Times erhoben. Edgar Bronfman und Cobi Benatoff vom World Jewish Congress (WJC) respektive vom European Je-

wish Congress (EJC) warfen der Kommission erstens vor, eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht zu haben, deren suggestive Fragestellung umstritten war (woxx 718). Zweitens habe die Kommission die Studie eines ihrer eigenen Institute zensiert, in der von der Verwicklung muslimischer Minderheiten in antisemitische Zwischenfälle berichtet wurde (woxx 723). Man solle in Bezug auf diese Vorfälle "kein Blatt vor den Mund nehmen", hatten die

Autoren Anfang vergangener Woche in der Financial Times geschrieben. Beide Aktionen seien politisch motiviert gewesen und zeugten von fehlendem Willen und Anstand. Die Bedeutung der Studie, die unter anderem vom European Jewish Congress im Internet veröffentlicht worden war, erschließe sich dem Leser unmittelbar. So auch die Feststellung, dass der zunehmende Antisemitismus in engem Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt steht. Dies sei durchaus fundamental, hatten die beiden im FT-Kommentar geschrieben.

Auch die Beobachtung, antisemitische Zwischenfälle hätten mit der zweiten Intifada drastisch zugenommen sowie die Erkenntnis, der heutige Antisemitismus beruhe immer noch vorwiegend auf der Annahme einer "jüdischen Weltverschwörung" seien "nicht theoretisch", schrieben Bronfmann und Benatoff weiter und legten zum Beweis die Ergebnisse der Jahresberichte des World Jewish Congress vor. Die meisten der gewaltsamen antisemitischen Taten außerhalb Israels seien in Westeuropa verübt worden. Für die beiden Vorsitzenden der jüdischen Vereinigungen stand fest: Versteckt die EU diese Fakten, zeugt dies von Unehrlichkeit und Verrat.

Fehlender Wille

"Ich konnte nicht glauben, dass Sie einen solchen Artikel unterschrieben haben", reagierte ein verärgerter Romano Prodi auf den Beitrag. Er sei "überrascht und schockiert" und ließ gleich Taten folgen: Kurzerhand sag-

te der EU-Kommissionspräsident ein für Februar geplantes Vorbereitungstreffen einer gemeinsamen Konferenz über Antisemitismus ab. Auf dieser Konferenz sollte analysiert werden, wie es tatsächlich um den Antisemitismus in der EU steht. "Die Haltung, die Sie gezeigt haben, steht gegen unsere besten und gegenseitigen Interessen", sagte Prodi und wies jede Verantwortung für die umstrittene Umfrage und Studie zurück. Diese seien von Institutionen erstellt worden, die unabhängig von der EU-Kommission arbeiten - was faktisch falsch ist, da eine Umfrage des Eurobarometers immer im Auftrag der EU-Kommission erstellt wird.

Der Streit drohte zu eskalieren. Doch überraschenderweise empfing Prodi dann Donnerstag vor einer Woche den Generalsekretär vom Jüdischen Weltkongress, Israel Singer. Singer überbrachte ein Schreiben von Weltkongress-Präsident Bronfman, in dem er Prodi darum bat, sich mit ihm persönlich zu treffen. Auch Benatoff bekräftigte, ebenfalls in einem Brief an den Kommissionspräsidenten, seine tiefe Anerkennung für den EU-Politiker. Auf die in dem Zeitungsbeitrag erhobenen Vorwürfe gingen beide nicht ein. Singer nahm die Vorwürfe ebenfalls nicht zurück. Er sagte lediglich: "Wir sollten über das Problem sprechen, nicht über diesen Artikel." Prodi kündigte daraufhin an, die Seminarvorbereitungen wieder aufzunehmen.

Der Kommissionspräsident zeigte sich erleichtert, dass der Streit geschlichtet wurde. Doch er selbst trug letztlich nur wenig dazu bei. Prodi sieht im Kampf der EU gegen den Antisemitismus in Europa auch weiterhin eher eine Gunst, die man Juden und Jüdinnen erweist, denn ein Problem, das aus eigenem Interesse dringend angegangen werden muss. Und die Reaktionen aus Prodis Brüsseler

Umfeld zeigten, dass man kaum bereit war, über die eigene Verantwortung zu diskutieren. Hätten Bronfman und Benatoff ihre von Prodi als Schock empfundene Kritik wiederholt, hätte das Seminar seinen Sinn verloren, hatte es vergangene Woche aus Brüssel geheißen. Der Sprecher der Kommission Reijo Kemppinen fügte hinzu: "Der Ball liegt jetzt bei ihnen" - was dann letztendlich auch so geschah.

Wer braucht das Seminar?

"Nicht wir brauchen dieses Seminar, sondern die EU braucht es, um den Antisemitismus zu bekämpfen", gibt der WJC-Vizepräsident Elan Stein gegenüber der Financial Times zu bedenken. Die EU sollte nicht über eine solche Kritik, sondern über das Maß des Antisemitismus geschockt sein. Steinberg wiederholte den Vorwurf, die EU-Spitze komme ihrer moralischen und politischen Pflicht zur Bekämpfung der Judenfeindlichkeit nicht ausreichend nach. Ein Vorwurf, den Romano Prodi mit seiner vorzeitigen Absage zweifellos untermauert hatte.

Danièle Weber

